

Ms. 36. b. A. Aug. 4. 24^{te} Dec
1795. N. 4.

ARCHIV

7

de
1817
A n f k l ä r u n g

Staatsrechtlicher Gegenstände.

Erstes Heft.

Frankfurt und Leipzig

1796.

Gegen baare Zahlung sind nachstehende
Bücher bis zur nächsten Ostermesse 1796
für die Hälfte des beigesetzten Preisses
zu haben.

Auswärtige können sich an Hrn. Böttger in
Leipzig wenden.

Almanach für Juristen, mit 12 Silhouetten jetzt-
lebender Rechtslehrer, 8. 16 Ggr.

Anmerkungen und Zusätze zu v. Buri's Erläuter.
des deutschen Lehnrechts, von Hrn. Prof. Runde.
4. 20 Ggr.

Auszug der jüngsten Reichstagshandlungen in Be-
treff der Reichsritterschaftlichen Zuziehung zum
Unterhalt des R. C. Gerichts, Fol. 3 Ggr.

Balferi, I. C., *Commentatio de responsis pruden-*
tum, 4. 2 Ggr.

— *Commentatio de forma testamenti iudicial*. 4.
4 Ggr.

Bechtold, D. G. G. L., *diff. iurid. de Hereditatis*
aditione conditionata, 4. 3 Ggr.

Bedenken, unpartheiisches rechtliches, eines Staats-
mannes, über ungleiche Ehen und Misheurathen
eines Reichsstandes, 8. 4 Ggr.

J. Jac. Reinhardts historisch - juristisch kleine Aus-
führungen, nebst Beytrag, 8. 1 Rthl. 2 Ggr.

Büchners, D. I. G. S. A. Antwort auf D. Scheide-
mantels Schreiben an die Staats - und Lehnrechts
Gelehrten in Deutschland. 4. 1 Ggr.

Burchardi *historia iuris romani*, 8. 4 Ggr.

M

V e r f u c h

ü b e r

die Rechtmäßigkeit

d e s

Separatfriedens

deutscher Reichsstände.

VORREDE.

Gegenwärtige Blätter sind das Resultat des Nachdenkens einiger Stunden, und erhielten in wenig Tagen ihre gegenwärtige unvollendete Gestalt. Bloß darum übergebe ich sie gleich nach ihrer Entstehung dem Publicum, weil der Gegenstand derselben in diesem Augenblick seine Aufmerksamkeit beschäftigt. Sie sind nur Vorläufer einer litterairischen
und

und ausführlichern Untersuchung über die nemliche Frage, bey welcher mir wenigstens der Wunsch erlaubt seyn wird, daß sie Gewinn für die Wissenschaft seyn möge. Denn gegen den Vorwurf, daß dieses erste Heft für die Wissenschaft noch zu wenig Ausbeute liefere, und daß ich unter dieser Rücksicht zu früh damit erscheine — wird mich der Umstand rechtfertigen, daß es darauf ankommt, gerade in diesem Augenblick, zum Besten der guten Sache, auf die öffentliche Meinung zu wirken.

Herborn
im October 1795.

L. H. v. Almendingen,
Fürstl. Oranien - Nassauischer
Hofrath.

Ieder aufgeklärte, das Wohl seines Vaterlandes liebende Deutsche, wird die Erhaltung der gegenwärtigen Verfassung desselben wünschen; denn diese im allgemeinen weise, und auf die nationellen Bedürfnisse des deutschen Bürgers sehr richtig berechnete Verfassung, wird nie, ohne Verminderung seines Nationalglücks zu Grunde gehn. Unmöglich kann er daher die Handlungen seiner Fürsten, welche diese Verfassung *wirklich* untergraben, billigen. Denn wehe ihm, *wehe dem Fürsten selbst* — nach ihrer Auflösung!

Deutschland findet sich in einen traurigen und unglücklichen Krieg verwickelt. Seine blühendsten Provinzen werden vom Feind besetzt

setzt und verödet. Ein siegendes Heer, durch Glück und Umstände begünstigt dringt in das Innerste Deutschlands ein. Jeder Reichsfürst muß für seine Existenz und für das Wohl seiner Unterthanen zittern. Nicht etwa wird er, wie bey vormaligen Kriegen, von der Gefahr bedroht sein Land auf eine Zeitlang preisgeben zu müssen, und dann durch den Frieden wieder zu erhalten. Das französische Kriegssystem bedroht seine Lomänen, das Privateigenthum seiner Unterthanen. Uner-schwingliche Requisitionen werden letztere eben so sehr erschöpfen, wie vormals Ein-äskerung und Plünderung. Es bleibt ihm keine andere Wahl übrig als — Untergang oder Neutralität. Er wählt letztere und schließt einen *Partikularfrieden*. Die noch im Krieg begriffene Mächte beschweren sich über die Verletzung des Reichsbandes, hin und wieder wähnt die öffentliche Meinung die Konstitution sey aufgelöst, sey durch einen reichsständischen Partikularfriedensschluss schon ipso facto — vernichtet. Ist die deutsche Verfassung ein Segen für die Nation — wehe denn uns, wenn diese öffentliche Meinung gegründet ist. Wenigstens
ist

ist die Prüfung derselben von allgemeinem Interesse. Die Beantwortung der Frage:

Wie läßt sich bey einem Reichskriege der Partikularfriedensschluss eines Reichsstandes mit der deutschen Konstitution vereinigen?

gewinnt noch dadurch an Wichtigkeit, daß sie gerade jetzt vom Oberhaupt Deutschlands der Reichsversammlung zur Beantwortung vorgelegt worden ist.

Deutschlands bisherige Konstitution hat, wie jede Staatsverfassung, ihren eignen Charakter. Laßt uns zur Beantwortung der Frage die ich auflösen mögte, diesen Charakter aufsuchen und bestimmen. So wird sich die Frage à priori beantworten lassen. Dann will ich diese Entscheidung, mit demjenigen, was die Reichsgesetze und Reichstagsverhandlungen darüber festsetzen, vergleichen. Vielleicht werden sich dadurch Bestätigungen meiner Aufschlüsse oder neue Gesichtspunkte zeigen.

Deutschland ist ein großer Staat, zusammengesetzt aus mehreren Einzelnen — dennoch

noch kein Staat im Staat, sondern im Aggregat mehrerer kleinerer oder größerer monarchisch, republikanisch, aristokratisch, demokratisch oder vermischt regierter Staaten,

Das ist vielleicht theoretisch die weiseste aller denkbaren Verfassungen, und praktisch eine der am wenigsten unvollkommenen, die sich je ein Volk durch Kriege und Aufopferungen errang. — Der Alleinherfcher wird leicht Despot; Aristocratie neigt sich zur Oligarchie, Democratie zur Anarchie hin. Allen diesen Mängeln soll die höchste Gewalt in Deutschland, der Reichsfouverein vorbeugen. *Dazu* gebietet er über Territorien und Reichsstädte. Der *Willkühr* des *Alleinherfchers* dem *Druck* und *Eigennutz* des *Aristocraten*, setzt die Reichsverfassung *Schranken*; in der *anarchischen Verwirrung* der *Democratie* ruft sie wieder *Ordnung* hervor. Vorzüglich *dazu* sind *Reichsgerichte*, ist ein *Kaiser* und ein *Reichstag* da. Jeder Fürst mag ungestört sein Volk so glücklich machen, als es seine Neigung oder seine Einsicht will und kann. Nie verbietet ihm die Reichsverfassung eine weise und gute Anstalt.

Nie

Nie verengt die Konstitution den freien Wirkungskreis seiner Regententugenden. Aber wenn er willkührlich handelt, wenn er mit seinen Unterthanen wie mit seinem Eigenthum umgeht — dann bedarf das Volk keiner in ihren Urfachen vielleicht gerechten, aber in ihren Wirkungen immer schrecklichen Revolution. — Der Staat, von dem er selbst ein Mitglied ist, die Staatsgewalt, die er selbst bilden hilft — der *Reichsfouverein* — hält ihn in Schranken. — Immerhin mag ein reichsstädtischer Magistrat durch eine weise Administration sich der Verehrung seiner Bürger würdig machen. Nur denn, wenn er Administration in Patriciat so verwandelt, daß er bloß *seinetwegen* dem kleinern oder größern Freystaat vorsteht, dann wird er von einer höchsten Gewalt — nicht der Selbsthülfe des Volks, also wieder ohne Revolution — eingeschränkt. — So verhält sich die höchste Reichsgewalt in Deutschland, zu den ihr subordinirten höchsten Territorialgewalten — *in der Theorie*. — Aber freilich hat unsere Verfassung zuviel *practische* Mängel, als daß jenes wohlthätige Verhältniß allenthalben durch-

durchgreifen könnte. Noch immer zu viel Spielraum ist hin und wieder der Willkühr des Fürsten überlassen. — Warum? — weil dieser oft mächtige unmittelbare Reichsunterthan, der Schwäche seines Souverains spotten kann. Aber wäre es deshalb besser gar keinen Souverain zu haben als einen Schwachen? Wer das wünscht, müßte behaupten, daß es besser wäre, gar keinen Beschützer gegen Gewaltthätigkeiten zu haben, als einen solchen, der nicht in allen Fällen schützen kann.

So verhält sich die höchste Gewalt in Deutschland zu dem Souverain und Unterthanen des einzelnen Reichslandes. Sie sichert diesen gegen Druck und jenen gegen Revolution. Sie arbeitet für den Fürsten gegen Jacobinismus, und für den Unterthanen gegen Tiranny. Sie schützt die wohlthätigen und weisen Gränzen, in welchen Fürst und Volk einander das Gleichgewicht halten müssen. Dies *soll* die deutsche Konstitution wenigstens, wenn sie es gleich nicht immer *kann*.

Diese *theoretische* Subordination unter den Reichsfouverein, und einige aus der ursprünglichen
lichen

lichen Verfassung Deutschlands noch übrige Einschränkungen z. B. die in die innere Verwaltung der Territorien eingreifende Reichsjustiz, abgerechnet, ist ein Reichsstaat gegen den andern, und in Rücksicht freyer gar nicht subordinirter Staaten völlig *souverain*, schließt Bündnisse, erklärt Krieg und Frieden, macht seine ihm verweigerte Rechte durch die Waffen geltend, so wie sie im umgekehrten Fall gegen ihn gültig gemacht werden. — Aber auch hier treten wieder rechtliche Verhältnisse der höchsten Reichsgewalt gegen die ihr subordinirten Staaten ein, und diese rechtliche Verhältnisse haben wieder keinen andern Zweck, als die *Erhaltung* der letztern.

Unabhängige Staaten sind gegen einander eben so gleich an Rechten, als einzelne Menschen außer der Staatsverbindung. Freilich verliert der Mensch im Staat nur seine *politische* und behält seine *bürgerliche* Gleichheit. D. h. Alle Menschen im Staat behalten ein gleiches Recht auf rechtliche Freiheit und rechtliches Eigenthum, aber sie werden ungleich durch Rang, Amt, Stand, und durch diese politische

litische Ungleichheit ihrer Verhältnisse, entsteht eine politische — keine bürgerliche — Ungleichheit ihrer Rechte und Verbindlichkeiten. Für freye Staaten ist ein solcher politischer Unterschied nicht vorhanden, Da keine Subordination unter ihnen denkbar ist, so kann auch kein anderer Unterschied des Rangs, Standes etc. unter ihnen vorhanden seyn, als ein *verabredeter*. Ein völlig souverainer Fürst von Monaco würde einem König von Großbritannien eben so gleich seyn, als Diogenes in seiner Tonne Alexander dem Großen, wenn Diogenes Alexanders nicht bedarf, und dieser jenem nichts zu befehlen hat.

Allein sie sind sich nicht gleich an physischer Macht, und es hängt von der Discretion und Billigkeitsliebe des Mächtigen ab, den ihm ganz gleichen schwachen Fürsten zur Unterwürfigkeit zu zwingen. — Zur Erhaltung ihrer Gleichheit und Unabhängigkeit untereinander verordnet der Reichsfouverein den Landfrieden und fordert sie bey Streitigkeiten vor seine Reichsgerichte.

So

So wie mithin der Reichsfouverein, Fürsten und Unterthanen, Gewalthaber und Untergebene *untereinander* schützt, so schützt er auch die verschiedene Reichsstände *gegeneinander*. So kann ruhig ein schwaches Bisthum oder eine unmilitairische Reichsstadt, neben einem mächtigen Churfürstenthum die Vortheile ihrer Verfassung und ihrer Unabhängigkeit genießen. So lange der Landfriede geachtet wird, und die Reichsgerichte im Gang bleiben — erreicht auch der deutsche Reichsfouverein hier seinen Zweck und erfüllt seine Pflicht.

Aber wie, wenn ein schwacher Reichsstand von einem völlig souverainen Nachbar, — der weder den Landfrieden noch die Reichsgerichte anerkennt — angegriffen wird? — wenn die Reichsstadt Hamburg von dem mächtigen König von Dänemark, wann der Fürst Bischof von Speier von der National - Versammlung in Frankreich, in seinen Rechten gekränkt wird? — Auch hier steht der kleine Reichsstaat unter dem Schutz der höchsten Gewalt im deutschen Reich — aber freilich nicht
durch

durch Landfrieden und Reichsgerichte hier muß der Reichsfouverein, wenn Unterhandlungen nichts fruchten, für den Bedrängten die Waffen ergreifen. Hier ist gerechte Ursache zum *Reichskriege* vorhanden. Für den schwachen subordinirten Staat, der sich selbst nicht vertheidigen kann, kämpft die Reichsmacht. Freylich kann das Glück der Waffen, können die Gebrechen der Verfassung dem Kriege eine unglückliche Wendung geben. — Allein der Reichsfouverein erfüllt seine Pflicht, und sichert sich gegen den Vorwurf der ihm subordinirten Territorien.

Und hier haben wir das *Wesentliche* der deutschen Konstitution beysammen. Hieraus bestimmt sich das *Wesentliche* des staatsrechtlichen Verhältnisses des subordinirten Territoriums zum Reichsfouverein von selbst. Dieser ist jenem Schutz schuldig, Erhaltung seiner Verfassung, seiner Integrität, seiner Rechte — Schutz den Unterthanen gegen den Druck der Gewalthaber — Schutz dem Fürsten gegen den revolutionairen Schwindelgeist irre geleiteter Unterthanen — Schutz dem schwachen Reichsstaat, gegen den gleich ihm oder dem

dem Reichsfouverein subordinirten Reichsstaat oder gegen den von ihm unabhängigen und noch gefährlichern Nachbarn.

Der einzelne Reichsstaat ist dagegen dem Reichsfouverein Gehorsam in Rücksicht dieses Schutzes schuldig. Ist ersterem das Seinige durch die Reichsverbinding garantirt, so hat er dagegen nach seinen Kräften jedem Reichsstand auch für das Seinige Gewähr geleistet. Doch wird diese wechselseitige Gewährleistung nicht etwa so ausgeübt, wie von föderirten Staaten, wo ein angegriffenes Mitglied des Bundes seine Bundesgenossen zur Hülfe auffordert. Die Ausübung der Schutzherrlichen Gewalt in Deutschland hat jeder Reichsstaat dem Kaiser und dem Reich übertragen. In dieser Hinsicht repräsentiren Kaiser und Reich jeden Reichsstaat. In dieser Hinsicht üben Kaiser und Reich eine höchste Gewalt über das ganze deutsche Reich aus, und bilden den Reichsfouverein. Dieser — nicht der einzelne Reichsstaat — nicht ein Reichskreis — werden vom Bedrückten zur Hülfe aufgefordert. Und dieser dirigirt die ihm anvertraute Macht zum Schutz des Bedrückten.

Die-

Diesem Souverain — sage ich — ist jeder Reichsstaat; *in Rücksicht des allgemeinen Schutzes* Gehorsam schuldig. Darum *muß* jedes Kreisdirektorium die Vollziehung der Erkenntnisse der Reichsgerichte besorgen. Darum *muß* jeder Reichsstand bey einem Reichskriege sein Kontingent liefern. Darum verbindet — so sehr dies auch bestritten worden ist — bey einem Reichskriege, die den Krieg beschließende Mehrheit der Reichsstände, die mindere Stimmenzahl.

Wenn dieses — wie ich glaube — der *Hauptkarakter* der jezzigen deutschen Reichsverfassung ist — *Vereinigung vieler von einander unabhängiger Staaten zu einer gemeinschaftlichen höchsten Gewalt zu Erhaltung ihrer wechselseitigen Unabhängigkeit und ihrer innern Verfassung* — so leugne ich nicht, daß der Reichsfouverein zu den einzelnen Staaten noch in andern Verhältnissen stehe; ich leugne die *Lehnsverbindung*, die *reichsrichterliche Gewalt* auch für *mittelbare Unterthanen*, die *Reservatrechte* des Kaisers und so weiter. — nicht. Ich behaupte mithin
keine

keine staatsrechtliche Irrlehre. Nur das mir hier wichtige *Hauptmoment* aus unserer Verfassung, seit der *Ausbildung* der *Landeshoheit*, durch den *westphälischen Frieden*; das *wesentliche* Abzeichen derselben von allen uns bekannten Staatsverfassungen, dessen Erhaltung jedem Freunde seines Vaterlandes am Herzen liegen muß — glaube ich hier angegeben zu haben. —

Und diese Verfassung — das theuer erkaufte Geschenk des dreissigjährigen Krieges — war nicht das Resultat einer Revolution wie die französische. Nie — auch unter den stürmischen Erschütterungen jenes verheerenden Krieges — fanden wir uns in einem Etat revolutionnaire, in einer von den Repräsentanten der Nation selbst beschlossenen Suspension der Sicherheit und Eigenthum schützenden Gesetze. Nie erklärte ein Theil alle bürgerlichen und politischen Rechte des andern für vernichtet. Nie sprach die grössere Hälfte der Nation über die mindere die Acht aus. Nein — jeder Theil rang nun für die Erhaltung und Erweiterung seiner ihm von andern

bestrittenen Rechte. Der blutige Kampf galt die Beybehaltung desjenigen, was man schon rechtmässig erworben zu haben glaubte. Der Katolik stritt für seinen Besitz, der Protestant für seine Gewissensfreiheit; der Kaiser für seine Majestätsrechte, der Reichsstand für seine landesherrliche Gerechtsame. Jeder suchte nun das Uebergewicht, wenigstens das Gleichgewicht auf seine Seite zu bringen. Aber keiner hatte dem andern Vernichtung geschworen. So verschieden in seinen Ursachen war der Religions - Krieg von dem innern und äussern Kampf der Neufranken. Aber auch ebenso verschieden wird er in seinem Ausgang seyn — wenn nicht alle bisherige Erfahrungen über den Ausgang grosser und welter-schütternder Begebenheiten trügen. Keine ganz neue Ordnung der Dinge, sondern ein festeres Staatsgebäude, eine von der feinsten und tiefsten Staatskunde zusammengesetzte Konstitution, bey welcher man alle vorige Bestandtheile derselben beybehalten, aber nur den Druck und Gegendruck abgeändert hatte, — war das Resultat des westphälischen Friedens. Ruhe gieng aus dem Sturm, Gleichgewicht
aus

aus der Anarchie hervor. Und wenn seitdem Deutschland wieder an Aufklärung und Humanität gewinnen, wenn sein Wohlstand sich nach und nach von der allgemeinen Erschöpfung erholen konnte — so verdankt es diese Wohlthat der durch den westphälischen Frieden ihm garantirten politischen und religiösen Verfassung.

Und sollte es nun wirklich um diese Verfassung geschehen, und der von einigen Ständen im gegenwärtigen Kriege mit Frankreich geschlossene Particularfriede als eine Verletzung der Konstitution angesehen werden müssen? Sollte diese Konstitution dadurch aufgehoben seyn? — Diese Frage muß jezt aus den aufgestellten Grundsätzen über die Natur der deutschen Staatsverfassung beantwortet werden können. —

Nach einem bisher unerhörten System wurde dieser Krieg geführt. Der von den Franken eroberte Theil von Deutschland wurde nicht bloß durch Brandschazzungen erschöpft. Das sogenannte Requisitionsystem ruft uns die Zeiten der Hunnen und Normannen zurück.

Aber nicht der Frevel einer undisciplinirten Soldatesque, sondern das wohlgeordnete System des Eroberers, raubt dem Unterthan all sein bewegliches Privateigenthum. Die Früchte seines Fleißes und die Werkzeuge seiner Industrie werden ihm gegen Assignate weggenommen: sein baares Geld wird ihm durch Kontributionen abgenöthiget. Wird das Land beym Abschluß des Friedens seinem rechtmäßigen Landesherrn zurückgegeben, so ist es ein auf ein halbes Jahrhundert für ihn verlornes Land. Der Akkerbau wird sich mühsam und bey der wahrscheinlich fortdauernden Theuerung die Manufacturen nie erholen. Die gesegneten Fluren des Rheins werden vielleicht noch nach Jahrhunderten in verarmten Dörfern und verödeten Feldern die Spuren des Administrationsystems ihrer gegenwärtigen Besitzer zeigen.

Bey diesen traurigen Erfahrungen dringt ein siegendes feindliches Heer über den Rhein, und überschwemmt die diesseitigen Reichsländer. Nach Norden und Süden steht ihm der Oberrheinische, Niedersächsische, Schwäbische

sche und Fränkische Kreis offen. Das Schick-
 fal, welches Worms, Speyer, Zweybrücken
 traf, bedroht alle Mitstände dieser Kreise.
 Mehr als hunderttausend Soldaten leben am
 dießseitigen Rhein, *ohne Magazine, ohne fran-
 zösisches Geld* — man müßte denn Assignate
 dafür gelten lassen. Was *Wallenstein* vormals
 zum Erstaunen der Welt, und zum Verderben
 Deutschlands, in Ansehung eines Heers von
 30000 Mann möglich machte, — daß er es,
 ohne daß es seinem Staat einen Pfennig kostete,
 auf Kosten des Landes, in welchem es haufen
 durfte, unterhielt — das macht jetzt das fran-
 zösische Kriegssystem für eine dreyfach größere
 Menschenzahl möglich. — Ein erschöpftes
 Vaterland kann seine Sambre und Rheinarmee
 nicht unterhalten, und muß sie von *Requi-
 sitionen* leben lassen. — Außerdem haben Noth
 und politische Schwärmerey den Muth dieser
 Armeen zu einem Grad erhöht, dem der im
 gewöhnlichen Zustand gebliebene Muth ihrer
 Gegner nicht die Wage hält. Nur noch zwey
 Festungen dürfen fallen, so ist Deutschland
 von allen Seiten ihren verheerenden Incurzio-
 nen offen. Schutz von den Reichsarmeen dür-
 fen

fen die Beherrscher der bedrohten Reichsländer nicht mehr erwarten. Und sich selbst zu vertheidigen sind sie zu schwach. Nach allen militairischen Berechnungen, ist auch für dieses Jahr Oesterreichs Glückstern im Felde untergegangen. *) — Was *Klugheit* in dieser Lage einem Reichsstand für Maasregeln empfehlen wird, kann gar keine Frage seyn. Wenn er durch einen Separatfrieden, durch Neutralität sein Land gegen Assignate und Requisitionen schützen kann, so wird ihm Selbsterhaltung einen solchen Schritt rathen. Ich frage aber hier gar nicht, was Politik *empfiehlt*, sondern was Rechtsverhältnisse *erlauben* oder nothwendig *fordern*. Möchte auch jeder einzelne Reichsstand wie ein Kämpfer für die gemeine Sache, für welche er Guth und Blut in Gefahr zu setzen verpflichtet ist, anzusehen seyn — so hat doch jeder Soldat noch feyerlicher sein Leben dem Staat, den er vertheidigt, eidlich ge-

*) So dachte man wenigstens in diesen Gegenden im Anfang des Monats October.

geweiht; und dennoch wird er nicht als Meineidiger behandelt, wenn er von vielen umringt, die Waffen in einer Lage niederlegt, in welcher es Tollkühnheit wäre, sein Leben aufzuopfern. Dem Befehlshaber einer Festung ist die Uebergabe derselben erlaubt, wenn er bey einer weitem Vertheidigung sich nur fruchtlos unter ihren Ruinen begraben würde. Es ist ihm sogar Pflicht, wenn er dadurch eine brave Garnison vom Untergang rettet. Er hat auf die Achtung seiner Feinde, und den Dank seines Souverains Ansprüche. — Handelt aber der deutsche Reichsfürst, der jetzt einen Particularfrieden schließt, anders, wenn er sein Land, durch eine ihm von seiner Lage abgenötigten Neutralität den Verheerungen der Assignate und Requisitionen entzieht? — Er capitulirt, weil er sich nicht mehr halten kann. —

„ Aber — sagt man — er ist Mitglied
 „ und Unterthan des deutschen Souve-
 „ rains; er kann sich der Verbindlichkeit
 „ einen Krieg fortzuführen nicht entzie-
 „ hen, den der Souverain beschloffen hat.
 „ Konnte die Mehrheit der Stimmen den
 Krieg

„ Krieg rechtmässig beschliessen, und selbst
„ den einzelnen Reichsstand zur Mitfüh-
„ rung desselben in den Fall nöthigen,
„ wenn er sich unter der für die Beybe-
„ haltung des Friedens stimmenden Mi-
„ norität gefunden hätte — so kann ja
„ die nemliche Mehrheit der Stimmen
„ den Krieg wieder endigen, und den
„ einzelnen Reichsstand von der Verbind-
„ lichkeit ihn fortzuführen befreyen.

„ Freilich kann der Commandant einer
„ Festung seinen Platz übergeben, wenn
„ die weitere Vertheidigung desselben
„ fruchtlos wäre. Diese Uebergabe wird
„ ihm sogar Pflicht, wenn er dadurch
„ Menschen und Vermögen seinem Sou-
„ verain rettet. Aber wie, wenn er *ohne*
„ oder *gegen* den Befehl desselben über-
„ giebt? — Mufs er nicht wenigstens
„ *Verhaltensbefehle* abwarten? Mufs er
„ nicht wenigstens von seinem Vorgesetz-
„ ten zur Uebergabe berechtigt seyn? —
„ müfste daher der den Separatfrieden
„ schliessende Reichsfürst, wenigstens
nicht

„ die Einwilligung des Reichsfouverains
„ zu einem Separatfrieden erhalten ha-
„ ben? „

Bilder und Analogien blenden, aber beweisen nicht. Zur Widerlegung jener Zweifel, und zur Berichtigung des wahren Gesichtspunkts, muß ich auf dasjenige zurückweisen, was ich über den wesentlichen Charakter der deutschen Staatsverfassung gesagt habe.

Der deutsche Reichsfouverain ist zur Beschüzzung jedes einzelnen Territoriums verbunden. Jeder Reichsstand ist verbunden, ihm hierzu seine Kräfte zu leihen. Aber dafür nimmt er auch selbst an dem Schutz Antheil, den er seinen Mitständen leisten hilft. Wenn ihm seine eigene Kräfte entzogen sind, oder wenn er eine gänzliche Erschöpfung derselben besorgen muß, wenn er auf der andern Seite sich auf den Schutz des Reichs nicht mehr verlassen darf — dann tritt der außerordentliche Zustand der Selbsthülfe ein; er darf sich helfen, so gut er kann, und verletzt seine Verbindlichkeit gegen eine Reichskonstitu-

stitution nicht, welche die ihrige gegen ihn zu erfüllen außer Stand ist.

Beurtheilet doch der Civilist, der Criminalist, den einzelnen Staatsbürger nach den nemlichen Grundsätzen? Darf man doch im Nothfall zu seiner Rettung Hülfsmittel brauchen, die nur im außergesellschaftlichen Zustande erlaubt sind? Darf ich zur Rettung meines Lebens, wenn es kein anderes Rettungsmittel mehr für mich giebt, fremdes Guth wegnehmen oder den, der mich gewaltsam anfällt, tödten, ohne im ersten Fall als Räuber, oder im zweiten als Mörder behandelt zu werden. — Warum sollte die Verletzung eines Vertrages im ähnlichen Nothfall nicht rechtmässig seyn?

Wenn die nothwendige Bedingung, unter welcher ein Vertrag geschlossen worden ist, nicht mehr erfüllt werden kann, so hört der Vertrag wenigstens in so fern auf, als diese Bedingung unerfüllt bleibt. Wenn der Mensch dem im außergesellschaftlichen Naturstande ihm zustehenden Recht der gewaltthätigen Selbsthülfe und Selbstschüzzung im Staat *entsagt*,
so

so geschieht es unter der nothwendigen Bedingung, daß der Staat *da* an seiner Stelle rechtlichen Zwang für ihn brauche, wo er ihn nicht mehr brauchen darf. In einer Lage, in welcher er *durchaus gegenwärtiger* Selbsthülfe zu seiner Sicherheit bedarf, und die Hülfe des Staats entfernt ist, — lebt das natürliche Selbstvertheidigungsrecht wieder auf, und bey *moderamen inculpatae tutelae* fällt aller Begriff von Verletzung seiner Verbindlichkeit gegen den Staat weg. Diese Grundsätze — längst anerkannt vom Publicisten — wie vom Civilisten — entscheiden laut für die Rechtmäßigkeit des Verfahrens deutscher Reichsstände, welche in der gegenwärtigen Crise, in einer Gefahr, gegen welche die Reichskonstitution ihnen keine Hülfe mehr darbietet, in diesem außerordentlichen Zustande, ihre und ihrer Unterthanen Existenz, durch Neutralität retten.

Wird so die *Rechtmäßigkeit* jener Neutralität durch das Verhältniß der Reichsstände zum Reichsfouverein gerechtfertigt, so wird selbst die *Pflichtmäßigkeit* derselben sich zeigen, wenn wir auf das Verhältniß der Reichsfürsten

sten zu ihren Unterthanen Rücksicht nehmen. Sie *durften* nicht blos, sie *mußten* so handeln.

Wie der Reichsfouverein für den Territorialfouverein vorhanden ist, so ist auch dieser für seine Unterthanen vorhanden. Beschützung, Sorge für das Wohl, Rettung der letzteren ist seine Pflicht. Heiliger und in jedem Collisionsfall dringender ist seine Verbindlichkeit gegen sie, als seine Verbindlichkeit gegen das Reich. Denn der Fundamentalvertrag zwischen ihm und dem Reich ist nur zur Sicherheit des Fundamentalvertrags vorhanden welcher zwischen deutschen Fürsten und Unterthanen, eben so gut in dem ersten Churfürstenthum Deutschlands als in der kleinsten Grafschaft vorhanden ist. Ich kann mich hier nicht bey der Widerlegung des barbarischen noch vor wenigen Jahren in Cabinetten und Hörsälen theoretisch angenommenen Vorurtheils verweilen, daß alle Rechte deutscher Unterthanen gegen ihren Landesherrn, sich auf die freywilligen Concessionen der letzteren gründen, und daß daher kein Fundamentalvertrag — kein *wechselseitiges* Versprechen und

und Ausbedingen — in den deutschen Territorien vorhanden sey. Wenn auch historisch die Existenz eines solchen Fundamentalvertrags könnte scheinbar geleugnet werden, so wird doch niemand, der an nothwendige und unveräußerliche Urrechte des Menschen glaubt, die nothwendige Existenz eines auf dieses Urrecht gegründeten vertragsmäßigen Verhältnisses zwischen Volk und Fürst läugnen. Wer das Urrecht auf angebohrnes und erworbenes Eigenthum und das Recht der Selbstvertheidigung der aus beyden entstehenden Zwangsrechte anerkennt, wird eben so gewiß im Fürsten den Depositor der Rechte jedes Einzelnen erkennen, sich selbst Sicherheit zu verschaffen. Hiernach wird der Fürst *verpflichtet*, im gegenwärtigen Augenblick die einzige Maasregel zu ergreifen, durch welche er seinem Volk Sicherheit verschaffen kann.

Unter dieser Rücksicht *mußte* der deutsche Reichsfürst sein Volk durch Neutralität vom Verderben retten.

Man frage nicht, ob nicht das Volk ebenfalls in der Reichsverbinding stehe, und sich
für

für das Reich *aufopfern* müßte. Schuz ist das Reich dem Fürsten wie dem Unterthan schuldig; beyde sind dem Reich verbunden ihm zur Ausübung dieses Schuzzes ihre Kräfte zu leihen. Allein *Aufopferung* für das Reich — und noch dazu fruchtlose Aufopferung — denn was würde das ganze Reich dabey gewinnen, wenn einige Territorien mehr geplündert und erschöpft würden — dazu hatte sich kein Territorium dem Reich verpflichtet.

Und hier wird man den Unterschied zwischen der Rechtmäßigkeit der Kapitulation einer Festung und dem Neutralitätsvertrage eines Reichsstandes erkennen. Dem Commandant der Festung ist sein Posten von seinem Souverain anvertraut; er handelt für *ihn*; er ist nur ihm verantwortlich.

Allein nur in seinem *Ursprung* war der deutsche Fürst Stadthalter des Kaisers. Längst hat die ausgebildete Landeshoheit alle rechtliche Folgen dieses Ursprungs verwischt. Nur durch Lehnsv Verbindung, *) hängt er noch vom Kaiser

*) Allein nicht als Vasall stellt ein Reichsstand
sein

fer und Reich ab. Allein als Landesherr ist er nicht dem Reich sondern seinen Unterthanen *usvtragsmäßig* verpflichtet. Ihnen ist er für den rechtmässigen Gebrauch seiner Rechte über sie gerade so verantwortlich, wie ein Contrahent dem andern für die Erfüllung wechselseitiger Verträge.

Er übt seine Landeshoheit nicht im Namen des Kaisers und Reichs, sondern in seinem eignen aus; er übt sie nicht für Kaiser und Reich, sondern für seine Unterthanen aus. Wenn er sich eines Rechts, welches in dieser Landeshoheit mitteinbegriffen ist — das Recht einen Neutralitätsvertrag zu schliessen — bedient, muss er zuerst nicht das Interesse des Reichs, sondern das Interesse seiner Unterthanen zu Rathe ziehen. Freilich muss er seine Verhältnisse gegen das Reich bey diesem Gebrauch landesherrlicher Rechte ehren; aber
höhere

sein Contingent; folglich kann die Zurückziehung desselben nicht als ein *Lehnsfehler* angesehen werden. Ein wichtiger Umstand, den ich in der Folge weiter brauchen werde.

höhere Ehrfurcht ist er doch seinen Verhältnissen gegen sein Volk schuldig. Und wenn seine Verpflichtung als Reichsstand mit seinen Verbindlichkeiten als Landesherr in Collision kommt, wenn er den Forderungen des Reichs kein Genüge mehr leisten kann, ohne die gerechten Forderungen wehrloser Unterthanen zu verletzen, welche von ihren Regenten möglichst Schutz ihres Eigenthums fordern — so darf, so muß er seine landesherrliche Pflicht vorziehen und erfüllen, und wird nicht strafbar am Reichsfouverein, der nur seiner Unterthanen wegen vorhanden ist. — Doch wiederhohle ich es, die Verbindlichkeit des Reichsstandes ist vom Landesherrn im gegenwärtigen Fall nicht verletzt, da das Reich den Reichsstand unter den gegenwärtigen dringenden und außerordentlichen Umständen nicht mehr schützen kann, und in diesem äußersten Nothfall der außergesellschaftliche Naturstand wieder auflebt.

„ Aber, wird man sagen, wenn auch
„ der Landesherr *rechtlich* zur Errettung
„ seiner Unterthanen einen Separatfrieden

„ den schliessen durfte, ohne Genehmi-
 „ gung des Reichs — so scheint es doch
 „ immer eine traurige Wahrheit, dass
 „ seine Verbindung mit dem Reich *recht-*
 „ *lich* aufgelöst worden. Der von dem
 „ Reichsstand dem Reichsfouverein schul-
 „ dige Gehorsam scheint indirect, aber
 „ freilich *rechtlich* aufgekündigt; selbst
 „ das Reich scheint seine Ansprüche auf
 „ jenen Gehorsam durch die Unmöglich-
 „ werdung seines Schutzes *aufgeben* zu
 „ müssen. Die Frage

„ Wie lässt der Separatfrieden eines
 „ Reichsstandes bey einem Reichskriege
 „ sich mit der Konstitution *vereinigen*?
 „ muss vielmehr dahin abgeändert wer-
 „ den:

„ Wie lässt sich die durch einen solchen
 „ Separatfrieden erfolgte Auflösung und
 „ Aufkündigung der Reichständischen
 „ Verhältnisse — *rechtlich rechtferti-*
 „ *gen*?

Allein bey genauerer Prüfung muss ich die
 Folgerung *läugnen*. Ein Reichsstand hat im

gegenwärtigen Kriege, durch die Abschließung eines Separatfriedens, oder vielmehr eines Neutralitätsvertrags, seine reichsständische Verbindlichkeit durchaus nicht aufgehoben; er hat dem Reichsfouverein den Gehorsam nicht aufgekündigt. Eben so wenig hat ihn das Reich derelinqürt. So wenig ein Mitglied des Staats, wenn er in einem außerordentlichen Nothfall sich des wieder auflebenden Rechts der Natur bedient, darum aufhört in jedem anderen gewöhnlichen Fall ein Mitglied des Staats zu bleiben, — eben so wenig gibt ein Reichsstand seine reichsständische Rechte auf den Schuz des Reichsfouverains, oder kündigt seine reichsständische Verbindlichkeit zur Beywürkung zum allgemeinen Schuz für alle künftige gewöhnliche Fälle darum auf — weil er in einem außerordentlichen Fall sich der Selbsthülfe bedient hat. — Doch möchte meine Entscheidung noch immer zu gewagt scheinen, wenn ich sie nicht aus der Natur unserer *wirklichen* — nicht blos theoretischen Verfassung — beweisen könnte. Sie — nicht das schwankende allgemeine Staatsrecht — kommt mir bey der Behauptung zu Hülfe:

Daß

Daß unter den jezzigen Umständen der Separatfrieden eines Reichsstandes eben so wenig den Reichsnexus aufhebe, als das Reich durch das Unvermögen jetzt den im Krieg verwickelten Reichsstand zu schätzen — sein Recht auf diesen Nexus verliere.

Laßt uns nicht die deutsche Konstitution nach den blos theoretischen Vorstellungen ängstlicher Publicisten beurtheilen. Nur zu oft stellt sich auch noch jetzt der spekulative Staatsrechtslehrer eine metaphysische Regel auf, und sucht alle Phänomene der Geschichte nach dieser Regel zu erklären. Statt blos die Erfahrung und unsere heutige *wirkliche* Verfassung über dasjenige zu fragen, was Deutschlands Konstitution leistet, oder leisten kann, fixirt er umgekehrt erst die Regel und erklärt alsdenn Phänomene und Staatsbegebenheiten nach ihr. Er *inferirt* in die Verhältnisse der deutschen Machthaber ein jus publicum hinein, statt aus diesen wirklichen Verhältnissen unser Staatsrecht zu *referiren*; daher *mit* der groſse Abstand zwischen Theo-

rie und Wirklichkeit, zwischen dem was Deutschlands Verfassung nach den Vorstellungsarten des theoretischen Publicisten leisten *soll*, gegen dasjenige, was sie wirklich leisten *kann*. Selbst nicht einmal das sorgfältige Studium und die Zusammenstellung der *Reichsgesetze* kann die Richtigkeit der Regel verbürgen, welche man aus ihnen abstrahirt. Wer würde nicht aus dem Ernst, mit welchem in der Wahlkapitulation auf die Redintegration der Kreise auf die Widervereinigung der abgerissenen Reichstheile mit dem Reichskörper, auf die Einziehung eröffneten Reichslehne zum Reichsdomain gedrungen wird — schliessen — das dies alles *ernstliche* Pflicht des Kaisers und *wirklicher* Wunsch, *wirkliches* Bedürfnis der Stände sey? Und dennoch wird so wenig der Kaiser als die Reichsstände zu der wirklichen Erfüllung dieser in der Wahlkapitulation dem erstern auferlegten Verbindlichkeit geneigt seyn. Gerade die Mitglieder des Kurkollegiums, welche den Kaiser zu jener Vorforge verpflichten, würden sich am ersten der Ausführung seines Versprechens widersetzen. *Fast jeder weltliche*
Kur-

Kurfürst hat sich mehrere dem Kreis nachtheilige Exemtionen erlaubt (*exemtio cum onere*) *mehrere* besizzen vom Reichskörper abgerissene Reichstheile, und *alle* würden sich widersezen, wenn sich der würkliche Fall der Eröffnung eines ansehnlichen Reichslehns zutragen könnte, und dann solches der Kaiser lebenslänglich zu seinem Vorthail, unter dem Namen *Reichsdomain* einziehen wollte.

In allen Kapitulationen von Karl dem 1ten bis Franz dem 2ten wird der Kaiser verpflichtet, nur *deutschen Verdienst* den Adel zu schenken. Und dennoch erhält ihn ununterbrochen seit Karl bis Franz — *deutsches und fremdes Geld*. Aber dies kann auch bey der gegenwärtigen Verfassung nicht anders seyn. Nie *verkauft* der Kaiser eine Standeserhöhung. Allein von der ansehnlichen Taxe, welche der Neuerhobene zahlen muß, wird gröftentheils die *Reichskanzley* unterhalten. Ohne eine so ergiebige Quelle würde der Kaiser oder der Kurfürst von Mainz die Kanzley aus eigenen Mitteln unterhalten müssen; um so viel unbilliger, da doch die Würde eines Reichsoberhaupts

haupts noch weniger mit Einkünften verknüpft ist, als die Stelle des ersten Reichsbeamten des *deutschen Erzkanzlers*. — Darum muß der deutsche Adel käuflich, und das mit leerer Hand sich darum bewerbende Verdienst von *Reichswegen* davon ausgeschlossen bleiben.

Beweise genug, daß man nicht einmal nach dem Buchstaben der Reichsgesetze, die wirklichen Verhältnisse unserer Verfassung beurtheilen darf. Oft beweist das Gesetz bloß die Existenz des Fehlers, dem es vorbeugen soll, und beugt ihm nicht vor. Oft soll ein Gesetz ein dem Wohl des Staats nachtheiliges Herkommen abändern. Aber das Herkommen durch die Natur der Verhältnisse befestigt, siegt über das geschriebene Gesetz und lähmt seine verbindliche Kraft. Das tief gewurzelte Uebel trotz dem Willen des gesetzgebenden Corps, dessen Mitglieder selbst zuerst von dem Gesetz wieder abgehen. „Eine Nation kann nicht immer nach ihren Gesetzen beurtheilt werden“, sagt unser philosophische Nationalgeschichtschreiber *Schmidt*: — denn diese sind oft gerade das Gegentheil von dem, was

„ was sie selber ist. Besonders sind die ver-
 „ bietenden Gesezze, meistens Folgen gewis-
 „ ser Paroxysmen der Staatskörper. — Wenn
 „ eine oder die andere Krankheit sich hefti-
 „ ger als gewöhnlich äussert, so wird ihr ge-
 „ schwind mit einem solchen Gesez begegnet,
 „ ohne dass man sich um die Mittel beküm-
 „ mert es in Ausübung zu bringen. Kömmt
 „ das Fieber wieder geschwind, das nemliche
 „ Gesez, als wenn ein Kranker dadurch ge-
 „ fund würde, dass man ihm verbietet, nicht
 „ krank zu seyn. ”

So kann auch manches unserer fogar ver-
 tragsmässigen Gesezze blos die Existenz von
 Mängeln beweisen, allein das Gebrechen selbst
 nicht heilen. Wenn die Natur der Sache sich
 der Vollziehung der Verabredung widersezt,
 so kann ein vereinigt Kurkollegium den Kai-
 ser, so kann die Mehrheit der Stände die min-
 dere Zahl — zu nichts verbinden. Wenn
 die Existenz der Reichskanzley von bezahlten
 kaiserlichen Standeserhöhungen abhängt —
 so empfiehlt die Kapitulation vergeblich dem
 Kaiser, *einheimisches Verdienst und wirkli-*
ches

ches Verdienst zum Adelsdiplom. — Wenn die mächtigsten Reichsstände beym Gegentheil interessirt sind, so verbinden sie den Kaiser vergeblich zu Redintegration der Kreise, zu Abstellung der Exemtionen und Avulsionen. Und hier tritt der Fall ein, in welchem eine Verfassung nicht nach dem geschriebenen Gesetz beurtheilet werden kann. Aber auch gerade darum kann aus einem *solchen* geschriebenen Gesetz, beym würeklichen Handeln der Machthaber keine Folgerung, weder für noch gegen die Rechtlichkeit desselben, gezogen werden. Man kann den Kaiser keiner Verletzung der Wahlkapitulation beschuldigen, weil er auf die Redintegration der Kreise nicht dringt, und gegen sein Versprechen auch dem Verdienstlosen auswärtigen Supplikanten den Reichsadel, sobald er nur bezahlt wird, bewilligt. Beydes gebietet die *Natur der Sache*.

Gesetzt der Buchstabe der Reichsgesetze unterfage einem Reichsstand bey einem Reichskriege neutral zu *bleiben* oder zu *werden* — so würde doch dieser Buchstabe vergeblich da stehen, wenn es die Natur der Sache nicht leidet. —

Ueber

Ueber die Existenz und über den Sinn solcher Reichsgesetze — davon nachher. —

Aber wenn auch der Buchstabe dieser Reichsgesetze das Verfahren der Friede schliessenden Reichsstände misbilligte — so hätten sie doch rechtmässig gehandelt, wenn ihr Verfahren der Natur der deutschen Verfassung *entspricht* — und dann wäre die Konstitution von beyden Seiten nicht aufgelöst. Der Räderlauf einer politischen Maschine folgt eben so gut einem nothwendigen Gesetz, als der einer mechanischen. Mag auch der Künstler eine andere Einrichtung veranstalten *wollen* — so wird sein bloßer Wille die Veränderung nicht hervorzubringen im Stand seyn, wenn er nicht auch seinem Werk das Vermögen zu geben weifs, welches es zur Erreichung seiner Absicht bedarf. Läuft es dennoch in seinem fehlerhaften Gleise — so wird das freilich weder die Vollkommenheit des Kunstwerks, noch die Talente des Künstlers beweisen — aber weit entfernt, dafs die unbeabsichtigte Erscheinung das Zertrümmern der Maschine voraussetzen sollte, so wird sie viel-

vielmehr ihre Existenz darthun. Gerade so im gegenwärtigen Fall.

Schützen konnte das deutsche Reichssystem seit dem westphälischen Frieden die *innere* Verfassung jedes einzelnen Reichslandes (freilich mit einigen Ausnahmen). Schützen konnten Reichsgerichte und Reichstag einen Reichsstand gegen den andern, einen Religionstheil gegen den andern, (freilich ebenfalls mit Ausnahmen z. B. in der Pfalz). Selbst gegen gewöhnliche Angriffe und Anmassungen auswärtiger Mächte schenkte das deutsche Reichssystem dem Bedrängten eine sichere Zuflucht. Schwerlich wurden Hamburg und Bremen ohne dieses System ihre Unabhängigkeit behauptet haben. Längst hätte gleich Danzig und Thorn ersteres die landesherrliche Gewalt des Herzogs von Holstein und dieses des Herzogs von Bremen erkennen müssen. Allein Deutschlands Konstitution konnte den ehrgeizigen Planen des kriegerischen Karls des XIIten von Schweden und des eben so unternehmenden Friedrichs des IVten von Dänemark Schranken setzen. Aber wiederholte Beweise von Schwä-

Schwäche gab dieses nemliche System bey der Vertheidigung der westlichen Gränze. Alle Unternehmungen des herrschfüchtigen Ludwigs des XIVten gelangen ihm, und nach und nach gieng der ganze Elfsaß — über welches nur das Haus Oesterreich, nicht das Reich und die darin begüterten und als Landesherrn anerkannten Reichsstände, der französischen Krone im westphälischen Frieden seine Rechte abgetreten hatte, — (Münsterscher Friedensschluss §. 87) — verloren. Zehn unmittelbare Reichsstädte wurden gezwungen die Souverainität Frankreichs anzuerkennen, und sich als Municipalstädte behandeln zu lassen. Die Unabhängigkeit, welche das Reichssystem gegen Norden, Bremen und Hamburg mit Erfolg garantirte, konnte es den zehn Reichsstädten im Elfsaß nicht sichern. Durch die berüchtigte Reunionen verloren die Häuser Pfalz, Baaden, Würtemberg, Hanau, wichtige Landesherrliche Besizzungen. Straßburg öffnete seine Thore französischen Besazzungen, und der Magistrat verkaufte die Rechte der ihm anvertrauten Reichsstadt für französisches Gold. Dreimal ergrif das Reich für seine bedrängte Mit-

Mitstände — was aber freilich damals so wenig wie jezt ohne minder ehrenvolle Nebenzwecke geschehen wäre — die Waffen. Aber das Resultat des Nymwegischen, Ryswickschen und Badenschen Friedensschlusses stellte die Schwäche des Reichssystems gegen Frankreich bloß. Alle Bedrückungen des ungerechten Ludwigs wurden im Ryswickschen Frieden mit Stillschweigen übergangen; und dieses Stillschweigen wurde von Frankreich um so viel mehr für eine Einwilligung erklärt, weil das zu den zehn vereinten Reichsstädten im Elfaß gehörende Landau, durch den Baadner Frieden ausdrücklich wieder an Frankreich abgegeben wurde.

Und so machten damals schon Deutschlands Reichsfürsten die traurige Erfahrung, daß das Reichssystem sie gegen Frankreichs Unternehmungen zu decken nicht fähig sey. Hätte die gegenwärtige Reichsversammlung vor Ausbruch des Krieges sich dieser warnenden Erfahrung, hätten die im Jahr 1789 und 1790 durch den Beschluß der Nationalversammlung in ihren gutsherrlichen und lehnsherrlichen Rechten be-

bedrängten Stände sich des Ausgangs voriger Kriege erinnert: — warlich sie würden dann lieber das ihnen von der französischen Nation angebotene reiche Aequivalent angenommen, als ihr Vaterland — wie es jezt geschehen ist, — in den Stand des Verderbens geführt haben. Und warlich war das, was sich Frankreich in unsern Tagen erlaubte — nicht aus Eroberungsfüchtigen Absichten, sondern um das alte System in allen seinen Folgen durchaus zu zerstören, eine Absicht über deren Weisheit oder Thorheit erst der Nachwelt eine Entscheidung zu steht — kein solcher Eingriff in die Rechte des Eigenthums als die Reunionen Ludwigs des XIVten.

Allein die Erfahrung voriger Unglücksfälle war vergessen und der Krieg wurde beschloffen. Er wurde vor allen den Mächten in Deutschland, welche dabey interessirt waren, und unter allen den Beziehungen an Frankreich erklärt, unter welchen er erklärt werden konnte. Einzelne Reichsstände waren als Landesherrn durch die Beschlüsse der Nationalversammlung gekränkt worden. Der Reichsfouverein hatte
an

an seinen Oberhoheitsrechten gelitten und die Garants des westphälischen Friedens hielten sich für verpflichtet ihre Garantie geltend zu machen. Einzelne Reichsfürsten kündigten in ihren Namen den Krieg an, den bald darauf der Reichstag, durch die ratificirten Gutachten der Reichsversammlung in einen *Reichskrieg* verwandelte. Und schon vorher hatte sich Schwedens Gustav als Garant des westphälischen Friedens für Deutschlands Rechte und die Rechte der Könige gerüstet. Unter der doppelten Rücksicht als Vertheidiger eigener und der Rechte des Reichs, verwickelten sich nach und nach Oesterreich und Preussen nebst den Reichsfürsten, in den unglücklichen Kampf, der nach mehreren Wechselln des Glücks die feindlichen Heere in das Innere Deutschlands führte. Auf den Sonnenblik eines vorübergehenden Kriegsglücks im Jahr 1792. folgte der unrühmliche Rückzug aus Champagne. Nach den blutigen und unentscheidenden Kämpfen des folgenden Feldzugs schien er zwar mit der Eroberung der Weisenburger Linie zum Ruhm der Deutschen geendigt; allein seit der französischen Wiedereroberung von Landau traf eine Reihe

Reihe von Unglücksfällen die verbündeten Heere. Gleich einer unaufhaltbaren Fluth, die vom Widerstand neue Kräfte borgt, drangen die republikanischen Heere am Rhein bis Mainz herunter, und eine andere Armee nach der Eroberung Belgiens bis Köln am Rhein herauf. Holland gieng verloren und Westphalen und Niedersachsen standen bis Minden und Hameln dem Eindringen der Franken offen. Es war nicht mehr ein Krieg, der den Besitz einiger Länder, und den weitem oder engern Regierungsbezirk einzelner Souverains betraf. Es kam nicht mehr auf die Entschädigung der im Elfaß gekränkten Reichsstände an. Es galt Deutschlands politische, religiöse und bürgerliche Existenz im Ganzen wie in jedem Reichslande. Es galt das Eigenthum und den häuslichen Wohlstand jedes deutschen Bürgers und Eigenthümers.

Wenn Kriege von einem Gouvernement gegen das andere, zur wechselseitigen Vergrößerung ihres Regierungsbezirks, mit Menschlichkeit und Anstand — und von solchen Kriegen giebt die Geschichte unserer Zeit mehrere
für

für die Veredlung unserer Gefühle ehrenvolle Beispiele — geführt werden: so kann es dem Volk am Ende gleichgültig seyn, welchem Regierungsbezirk es inkorporirt werde; zu seinem Besten wird zwar der Krieg nicht geführt, doch wird jeder kriegführende Theil es mit Milde behandeln, weil jeder in ihm seine künftigen Unterthanen seiner selbstwillen schonet. Einige Zweige der Industrie werden auf Kosten anderer gehoben, neue Kräfte werden in Thätigkeit gesetzt, und der Geldumlauf vermehrt. Schonte nur der Krieg die Hütte des Landmanns und die Werkstatt des Künstlers, könnte nur der Ruhm der Eroberung das Blut seiner Schlachtopfer verföhnen, — vielleicht wäre es alsdann zuweilen ein Segen für die Menschheit. Nie blühte mehr Volkswohlstand in Dörfern und Städten in Belgien, als in den dortigen Feldzügen, von 1746, 1747, und 1748. (Bielefeld institutions politiques Ed. de la Haye Tom. II. p. .) Nie hob sich Italiens Macht, Handel und Kultur mehr als unter den blutigen Zusammenstößen der Quelfischen und Gibellischen Factionen. Und selbst unter den Befehdungen und gesetzlichen Plünderungen

gen

gen des 14ten und 15ten Jahrhunderts, stieg Deutschlands Kunstfleiss, wurde eine Fabrik nach der andern angelegt, und die wohlthätige Hanfa erreichte den höchsten Gipfel ihrer Grösse. — Alles anders in diesem, in der Geschichte des neuen Europa's beyspiellosen Kriege. Hat es sich je bewiesen, dass Lage und Nothwendigkeit über die Handlungsart der Nationen und einzelner Menschen, aller ihrer Grundsätze und veredelter Gefühle zum Trotz gebietet, so ist es im Lauf der zerstörenden Siege der Neufranken bewiesen worden. Vergeblich stellten ihre Heere — vielleicht war es eben so sehr Sprache ihrer Politik, als Ausdruck des fanatischen Schwungs, in welchem sie sich für die Freyheitsritter aller Bedrängten hielten, — die glänzende Kridgsmaxime auf — *Krieg den Palästen, Friede den Hütten*. Bald nothigte sie innerer Mangel und äusserer Drang zu ihrer Subsistenz die Hütte wie den Pallast heimzusuchen. *Solche* Heere, bey einer *solchen* innern Erschöpfung, *eine Million* Streiter für ein Vaterland, welches sie mit Nichts als creditlosen Papiergeld bezahlen konnte — musste das unerhörte

System der *Requisitionen* erzeugen. Der Krieg *mußte* sich durch sich selbst ernähren. Die Eroberer *mußten* auf Kosten der Eroberten, aber nicht bloß von den Schätzen ausgeplündelter Palläste leben. Wie bald würde das Heer unter den Ruinen verödeter Schlösser geschmachtet haben, hätte es sich nicht des soliden Wohlstandes der *Hütten* bemächtigt. Die Domainen des Fürsten und die Güter des Adels und Klerus — waren doch immer nur höchstens ein Fünftel oder Sechstel des ganzen Nationalvermögens. Und auch von diesem Vermögen konnte man nur den *Ertrag* angreifen. Was war das für die von ihrem Vaterland unernährte Hunderttausende? Der dem Bürger und Landmann gesicherte *Friede* mußte daher um so viel mehr *gebrochen* werden, da sein Eigenthum, die Früchte des Landmanns und die Producte des Handwerkers, eine reichere Quelle der Subsistenz darboten, als die mit den Geräthen des Luxus und der Andacht angefüllten Schlösser und Kirchen. Man *mußte* das Volkseigenthum in *Masse* durch Requisitionen angreifen und nach und nach zerstören. Es wäre vergeblich, eine Schilderung des Volks-
Elends-

Elends in den jenseits dem Rhein gelegenen Reichsländern zu versuchen. War es schon nicht das Schauspiel muthwilliger und zweckloser Zerstörung, wie es einst tartarische und avarische Horden unter Attila über die Hälfte von Europa herverbreiteten, war es ein durch Noth erzwungenes und nach einem Plan ausgeführtes Zerstörungssystem — so hatten doch menschlichere Ursachen, nicht minder schreckliche Folgen.

Aber jezt mußten sich auch die Pflichten der deutschen Reichsstände *verändern*. Mit einem solchen Kriegssystem konnte es die deutsche Konstitution nicht aufnehmen. Einem in Masse und auf Kosten der Reichsländer kämpfenden Volk, konnten die mit besoldeten und zwar aus ihren ihnen zum Theil entzogenen eigenen Revenüen besoldeten Truppen zu Felde ziehenden Fürsten, nicht das Gleichgewicht halten. Alle Erscheinungen des vorigen, und des noch nicht geendigten diesjährigen Feldzugs waren nothwendige Resultate einer gegebenen Summe von Ursachen.

War das *Recht* der *Fürsten* und des *Reichs* klar, zu Erhaltung bestrittener guts- und lehns- herrlicher Verhältnisse den Krieg konstitutions- mässig zu *erklären* — so war jetzt die *Pflicht* der *Fürsten* und des *Reichs*, diesen Krieg zur Erhaltung des Eigenthums und der Sicherheit jedes ihm anvertrauten deutschen Bürgers zu *endigen* — noch dringender und heiliger. Gab es je einen Fall, in welchem das Recht einer Pflicht aufgeopfert werden *musste*, so trat er jetzt ein. Und dieses Opfer war eben sowohl für den Reichsfouverein als für den Landesfouverein Pflicht. Seiner Rechte wegen hatte der Reichsfouverein den Krieg unternommen; jetzt da er den Reichsländern den Schutz den sie erwarteten, nicht mehr leisten konnte, jetzt war es seine *Pflicht*, durch einen mit Aufopferungen erkaufen Frieden die konstitutionsmässige Verbindung der Reichsländer vor gänzlichem Untergang zu retten. Unabhängig vom Reichskriege hatten einzelne Fürsten ihrer Rechte wegen den Krieg geführt; jetzt war es ihre *Pflicht* zur Rettung des Eigenthums ihrer Unterthanen diesen Krieg zu *endigen*. Fand sich jemals ihre landesherrliche
mit

mit ihrer reichsständischen Pflicht unzertrennlich verbunden, so war sie es hier. Jeder Landesherr *musste* seinem bedrängten Volk eben den Frieden geben, den er dem Reich zu seiner Rettung als Reichsstand zu verschaffen verpflichtet war. Einstimmig drückten in der Reichsversammlung die Väter Deutschlands als *Reichsstände*, die Wünsche und Absichten der *Landesherrn* noch vor dem Schluss des vorigjährigen Feldzuges aus. Sie bedienten sich ihres Antheils an der Reichsfouverainität und ihrer Territorialfouverainität *zugleich*, um in dieser doppelten Beziehung den Reichskrieg und Territorialkrieg zu endigen. Mehrere Reichsfürsten, indem sie das Friedensgeschäft auf dem Reichstag einleiteten, beschikten zugleich als Landesfouveraine, nach dem bey den vorigen Friedensschlüssen mit Frankreich beobachteten Herkommen, den Basler Friedenskongress, wie sie den Kongress von Ryswik und Baaden beschickt hatten. Auf diesem doppelten Wege erwartete jetzt Deutschland seine Errettung im *Allgemeinen*, vom Gang der Verhandlungen zu Regensburg, im *Einzelnen* vom Erfolg der Basler Negotiationen. Die bekannte und unvermeidliche Schwer-

Schwerfälligkeit der reichsständischen Collegialversammlungen mußte auf dem ersten Wege den Frieden verzögern. Eh noch einmal die Präliminarfrage — *ob Frieden zu schließen sey?* — erledigt war, drangen Frankreichs Heere bis Köln und Koblenz, und belagerten die Landseite von Mainz. Nach der Eroberung von Holland stand ihnen Westphalen und Niedersachsen offen, und noch waren die sogenannten *Modalitäten* des Friedensgeschäfts, die Frage *wo* und *wie* der Reichsfriede sollte negoziirt werden, bey weitem nicht berichtigt. Da sich der Lauf der militairischen Operationen Frankreichs, nicht nach dem Gang der Regensburger Berathschlagungen richtete, so war es klar, daß dieser es mit jenem nicht aufnehmen konnte, und daß Frankreich schon seinen Eroberungsplan konnte *ausgeföhret* haben, eh der Reichstag die Ausführung seiner Friedensplane *angefangen* hatte. Es war klar, daß Deutschland nicht durch einen, nach einem konstitutionellen Gang, vom Reichstag ausgemittelten *allgemeinen* Reichsfrieden, konnte beruhiget werden. Unser nicht auf dem Wege reichstägiger collegialischer Berathschlagungen

gen angegriffenes Vaterland, durfte wohl auf diesem Wege *collegialisch* seine Rettung nicht erwarten. Was blieb dem Reichsfürsten jetzt anders übrig, als dasjenige in der Eigenschaft des *Landes souverain* zu thun, was er in der reichsständischen Eigenschaft nicht zu thun vermogte, durch eine als Reichsfürst geschlossenen Territorialfrieden, sich und sein Volk vor allen Gefahren und Drangsalen des Krieges zu befreien? Handelten so die ersten und mächtigsten Fürsten Deutschlands, so hatten sie zugleich das Reich *mit gerettet*, und ihre reichsständische Verbindung und Existenz gesichert. *Vervielfältigte* Separatfrieden waren Deutschland eben so heilsam, als ein allgemeiner auf einmal geschlossener Reichsfriede. Es war durch jene eben so gut gerettet, wie durch diesen, aber freilich nicht auf dem Wege collegialischer Berathschlagungen, sondern auf eine *aussercollegialische* Art. Wer will es wagen, eine Handlung Verletzung der Konstitution zu nennen, ohne welche vielleicht Deutschlands Existenz, mithin auch seine Konstitution dahin gewesen wäre? ist es nicht Charakter dieser Konstitution, dann den Schwachen

chen gegen Druk und Gefahr zu schützen, wenn er sich selbst nicht zu vertheidigen vermag? aber wenn die Konstitution in einer Lage nicht helfen kann, in welcher ihr die Kraft zu helfen fehlt, soll dann der Bedrängte lieber zu Grunde gehen, als sich durch eigene Kraft aus der Gefahr retten? — Wäre eine solche Forderung nicht gegen das erste Recht der Menschen, gegen das erste Recht der Völker — gegen das heilige und unverbrüchliche *Urrecht der Selbsterhaltung*? — Was Friedrich Wilhelm nicht bloß als König von Preussen, sondern auch als deutscher Territorialsoverain that, was er in einem Zeitpunkt that, in welchem schon ein Theil seiner westphälischen Staaten von Requisitionen und Assignaten heimgesucht und ein anderer damit bedrohet war — war keine Erfüllung landesherrlicher Pflichten auf Kosten reichsständischer Verbindlichkeiten. Es wäre unge reimt einen Monarchen, der die *Demarkationslinie* für einen Theil von Deutschland *negoziirte*, und zum Besten eines *andern* den Uebergang des französischen Heers über den Rhein bis in den Monath September aufhielt —

es wäre ungereimt, ihn einer Verletzung seiner Verbindlichkeiten gegen das Reich und gegen seine Mitstände zu beschuldigen, da vielleicht beyde ohnehin das Opfer *dieses* Angriffs und *dieses* Kriegssystems geworden wären. — Nun hätte freylich jeder Reichsstand, nach dem Recht der Selbsterhaltung, der Einladung Friedrich Wilhelms folgen, und einen Partikularfrieden schliessen können. Und wie gern hätten ihn selbst die Stände, für deren Rechte der Krieg unternommen, und deren Länder vom Feinde besetzt waren, mit schweren Aufopferungen erkaufte! Allein es wird einer Nation schwer, sich in ihren nationellen Handlungen von hergebrachten Formen zu entwöhnen. Und welche Nation hieng von jeher mehr an äusseren Formen und Gepräng als die deutsche? — — Man glaubte noch immer an die Möglichkeit eines konstitutionellen Friedens, in einer Lage, in welcher das Ungewitter plötzlich über die Berathschlager ausbrechen, und Schlag auf Schlag das morsche Staatsgebäude wie im Sturme zerschmettern konnte. Selbst der König von Preussen hatte auf die Langsamkeit der reichstägigen Berathschla-

schlagungen gerechnet, und wahrscheinlich darum eine so lange Verzögerung des Uebergangs über den Rhein in Basel negoziirt. — Erst bey der bevorstehenden Erscheinung des Feindes dießseits dem Rhein, mußten die Stände ihrer geliebten Chimäre entsagen, und jetzt erst schloß der Landgraf von Hessenkassel, nach dem Beyspiel des Kurfürsten von Brandenburg den Partikularfrieden, der nur um wenige Monate verzögert von seinem Lande das unabsehbliche Elend der Assignaten und Requisitionen nicht würde abgewendet haben. Alle Gründe, welche das Verfahren des mächtigsten Reichsstandes bey dem in Basel im Monath April 1795 abgeschlossenen Frieden rechtfertigten, sprechen jetzt noch dringender für einen minder mächtigen Reichsstand. Das unverbrüchliche und unveräußerliche Recht der Selbsterhaltung spricht noch lauter für den Beherrscher der Hessen — als für den König der Brennen. Konnten Preussens siegreiche und zahlreiche Heere noch immer die westphälischen Provinzen decken, so hatte der Landgraf von Hessen dagegen nur ein braves, aber von ehrenvollen Schlachten und Gefan-

gen-

genschaft geschwächtes Truppen-Korps, un-
 vermögend zum Widerstand gegen die vom
 obern und untern Rhein sich herbeidrängen-
 den Heerhaufen. — Um so viel mehr war
 er zu diesem Frieden *berechtigt*, da vorzüg-
 lich *seine* Beschwerden gegen die Beschlüsse
 der Nationalversamm'ung dem Krieg zur Recht-
 fertigung gedient hatten, und es doch wohl
 vorzüglich *ihm* zukam, sich über diese zu
 vergleichen und seine Ansprüche aufzuopfern.
 (Freilich hat er im Friedenstractat sich dar-
 über noch nicht verglichen und seine Ansprü-
 che noch nicht aufgeopfert, sondern vielmehr
 die Entscheidung dieses Punkts, bis zu einem
 künftigen Reichsfrieden *ausgesetzt*. — *Allein*
das Recht vom Reich die fernere Vertheidi-
gung seiner Besizzungen zu verlangen, scheint
er durch diesen Partikularfrieden aufgeopfert
zu haben). Wurde also doch durch dieses
 Arrangement ein neuer Grund zum Krieg weg-
 genommen, und dadurch der Weg zum Reichs-
 frieden *erleichtert*. Man wende nicht dage-
 gen ein, daß wenn Wilhelm als Landgraf von
 Hessen für seine Besizzungen im Elsass stritt,
 er zugleich als Reichsstand nicht seine sondern
 die

die Rechte des Reichs vertheidigte, und dem Reich durch seinen Partikularfrieden seine Rechte nicht vergeben konnte. Es gehöret warlich zu den Pedantereyen des Staatsrechts, wenn man mit so vielem *Ernst* von den unveräußerlichen Rechten des *Reichs* auf Länder spricht, auf welche *zunächst* nur ein zum Reich gehörender *Territorialsoverain* Ansprüche hat. Wer will es miskennen, daß durch die Ausbildung der Landeshoheit das Interesse des Reichs bei der Erweiterung oder Verengung der Besizzungen eines Reichsstandes an der französischen Gränze — *verschwinden* mußte. Es ist nur eine Folge schulgerechter Definitionen, wenn man *mit Ernst* in unserm Staatsrecht die Unverbindlichkeit der von einzelnen Reichsständen mit Frankreich geschlossenen, und vom Reich noch nicht genehmigten Gränzverträge in Rücksicht des letztern bemerkt. Freilich *muß* das Reich *alle* Rechte des Reichsstandes schützen. Will aber dieser sich seiner Rechte gegen Auswärtige begeben, so wird sich wohl das Reich beruhigen, oder höchstens wird eine trübe oder unaufgeklärte Staatspolitik solcher *Reichsansprüche* zum *Vorwand* für

für künftige Kriege aufheben, deren wahre Ursache sie zu gestehen bedenklich findet. —

Groß durch vergangene Heldenthaten, und ruhig beym Bewußtseyn, daß es schon einmal durch Aufopferung seines edelsten Bluts Deutschlands Retter gegen Cüstine gewesen war, und auf den Dank der Welt und Nachwelt gerechte Ansprüche erworben hatte — dürfte jetzt Hessen sich den Gefahren eines längeren Krieges durch einen Separatfrieden entziehen. Es dürfte so den Reichsfrieden beschleunigen, der bald durch mehrere Separatfrieden wird herbeygeführt werden — freilich nicht auf dem Wege *collegialischer Wege* zu Regensburg, sondern auf dem *aussercollegialischen* zu Basel. Aber immer wird doch dieser Friede Deutschlands gegenwärtige Existenz und Konstitution *retten*, was wahrscheinlich der konstitutionsmässig geschlossene Friede nicht vermocht hätte. Und so bedurfte vielleicht die vom Reichsoberhaupt der Reichsversammlung vorgelegte Frage:

Wie sich im gegenwärtigen Reichskriege
der Separatfriede eines einzelnen Reichs-
stan-

standes mit der Reichskonstitution vereinigen lasse?

keine andere Antwort, als der entgegengesetzten Frage:

Wie sich ein reichskonstitutionsmässig, durch den collegialischen Gang reichstätiger Berathschlagungen, auf reichsherkömmliche Art zu bewirkender Reichsfriede, im *gegenwärtigen Kriege* mit der Erhaltung der deutschen Verfassung vereinigen lasse? —

So viel zur Apologie des Betragens der Reichsstände. Sie handelten nach dem Geiste der Verfassung, und sündigten nicht an der Konstitution. Von ihrer Seite ist der Reichs-Nexus nicht aufgelöst, und das Recht nicht verwürkt, auf diesen Nexus bey allen künftigen *gewöhnlichen Fällen* Anspruch zu machen. — Aber auch der Reichsfouverein hat sich an den Territorialgebieten nicht versündigt, und ist eben so wenig verbunden, sein Recht auf sie in allen künftigen *gewöhnlichen Fällen* aufzugeben. — Auch von seiner Seite
ist

ist der Reichsnexus nicht aufgelöst, und aus seinem Unvermögen *in diesem Kriege* dem Landesherrn Sicherheit und Friede zu verschaffen, kann rechtlich keine nachtheilige Folgerung gegen ihn gezogen werden.

Man darf nie mehr von einer Staatsverfassung fordern als sie zu leisten vermag, und die Aeufferung einer Kraft von ihr erwarten, die nicht in ihr ist. Im ersten Schwindel des französischen Systems angeblicher Freyheit, konnten die Machthaber Frankreichs sein Volk *in Masse* bewaffnen. Allein das deutsche Reichssystem ist durchaus unfähig eine solche Nationalmiliz ins Feld zu stellen. *Ein* Regierungsdruk hatte unter der vorigen Verfassung auf das weit ausgedehnte Frankreich, nach allen Richtungen gewürkt. *Ein* Drang nach Erleichterung trieb die ganze Nation. Zum hartnäckigen Krieg gegen Deutschland wurde die französische Nation durch den Haß gegen die in Deutschland Zuflucht findenden Emigranten, und durch die Meinung bestimmt, daß Deutschlands mächtigste Fürsten sich zur Wiederherstellung des alten Systems in Frankreich

reich vereinigt hätten. Iener Haß und diese Meinung wirkte auf *jeden* Franzosen, und vereinigte ihn in Masse gegen Deutschland. Die ganze Nation hatte gegen uns nur *ein* Interesse. — Dreihundert Regierungen dehnen sich über die weit ausgedehnten Bezirke deutscher Reichsländer aus. In keinem — wenigstens mit dem Gefühl des ganzen Werths seiner Verfassung darf es der Deutsche von den mächtigsten behaupten — ist ein Regierungsdruk und ein Finanzsystem vorhanden, wie es in Frankreich vorhanden war. Freiheitswuth konnte daher die Deutschen nicht vereinigen, wie er die Franzosen vereinigte. Höchstens war das beym Deutschen ein vorübergehender Modeschnupfen, was beym Franzosen ein anhaltender Paroxismus blieb. Welches Band sollte daher den Deutschen in *Masse* gegen Frankreich verbinden? Allgemeine Sicherheit? — Allein man nimmt zu wenig Antheil an entfernten Gefahren. Was kümmerts dem Salzburger, dem Pommer, dem Meklenburger, wenn am Rhein ein Krieg wüthet, der alle Stände zu Grunde richtet? — Er genießt noch des Segens der Ruhe und
der

der Milde seiner Verfassung — und bey
 weiteren Vordringen des Feindes? — Ja
 nun — da wird das deutsche Reich schon zu
 einem Frieden genöthiget werden, der den
 Mecklenburger *nichts kostet* — ganz anders
 für den Franzosen, der sich von allen Seiten
 herbeidrängte, um für seine eigene Sache zu
 kämpfen, und eine ihn selbst bedrohende Ge-
 fahr abzuwenden. Denn drang das Preussische
 Heer im Jahr 1792. bis vor Paris, so war
 auch dem Gascogner, dem Lionese — so
 wähnte er wenigstens — die Kette der vorigen
 Verfassung wieder geschmiedet. In dieser Be-
 forgnis durchlief er das ganze Gebiet der Re-
 publik, um im Elfaß seine vermeintliche Frei-
 heit vertheidigen zu helfen. — Bey allen
 Faktionenstürmen in Frankreich, behielt doch
 immer die im Convent sitzende Faction die
 Herrschaft des ganzen Frankreichs; der Stim-
 me des Convents gehorchte der erste Feldherr
 wie der letzte Soldat, der erste Beamte der
 Municipalität, wie der Treiber hinter dem
 Pfluge. Wurde im Namen des Convents eine
 ganze Requisition ins Feld aufgeboden, so be-
 waff-

waffnete sich an allen Enden der Republik im ärmsten Dorf, wie in der ersten Handelsstadt die junge Mannschaft. — Dies soll, kann und darf der deutsche Reichsfouverein nicht. Die Stimme der höchsten Gewalt im deutschen Reich verliert sich in Cabinetten der Territorialregenten, und dringt nicht zu den Ohren des Volks. Die Befehle des Reichsfouverains hemmen nicht den Lauf der landesherrlichen Regierung und dürfen ihn nicht hemmen. Daher kann die höchste Gewalt im deutschen Reich dem mittelbaren Deutschen nicht höchste Gewalt *scheinen*. Er kann nicht einmal *ahnen*, daß eine höchste Gewalt außer der seines Landesherrn *existirt*. Der Sachse, der Hanoveraner, der Meklenburger, weiß von keinem Reichsfouverein, der ihn daher auch ganz vergeblich in *Requisition* setzen würde. Der Reichsfouverein würde daher nicht anders als *durch* den Landesfouverein wirken können. — Aber abgerechnet, daß von dreihundert Regierungen vielleicht wenige den Willen haben, ihre Unterthanen *in Masse* zu bewaffnen, so werden noch *wenigere* es *können*. Die Land-
stände

stände würden um ihre Einwilligung gefragt werden müssen, und einige würden sich aus Furcht, andere aus Vorsichtigkeit verweigern. Und woher sollte man am Ende die Mittel zum Unterhalt eines *in Masse* aufstehenden Volks nehmen, ohne eben so gewaltsame und zum Theil ungerechte und grausame Mittel zu brauchen, als diejenige, durch welche Frankreich seine Volksbewaffnung möglich gemacht hat — genug zum Beweise, daß die deutsche Konstitution es mit dem französischen Kriegssystem, nicht so wohl aus Mangel an Gemeingeist, als wegen der *Natur der Sache* nicht aufnehmen konnte, und daher sein Unvermögen: *in diesem Kriege*, die deutschen Reichsländer zu schützen, *nicht verschuldet hat*. Doch wird der Reichsfouverein, freilich zu schwach, um gegen ein *in Masse* aufstehendes Volk, wie es vielleicht nie wieder aufstehen wird, seine Mitglieder zu vertheidigen, wegen aller gewöhnlichen Fälle und Verhältnisse, in welchen sich deutsche Landesherrn untereinander und gegeneinander finden, geehrt und erhalten werden müssen.

Und

Und so hätte ich aus der Natur unserer *wirklichen* Verfassung die Frage beantwortet. Nun aber scheint freilich der Buchstabe der Reichsgesetze, die Frage anders zu beantworten. Dies *scheint* er indessen nur. Und hier muß ich den Leser um Geduld und Aufmerksamkeit, für einen ganz anderen Untersuchungsgang im folgenden Heft, bitten.

v. Buri, C. Fr. Abhandlung von Bauergütern, neue von Hrn. Prof. Runde verbesserte Auflage, mit Zusätzen, 4. 2 Rthl. 4 Ggr.

v. Cancrin, F. L. Abhandl. vom Recht des Eich- oder Sicherpfahls, ein Beytrag zum Mühlenrecht, 8. 4 Ggr.

Collect. diff. iuridic. Marburg. Fasc. I. 4. 8 Ggr.

Deduktion in Sachen Hessen-Cassel, die Grafschaft Bückeburg betreffend, Fol. 1 Rthlr.

— Reinhards, I. I., ritterschaftlicher Ungrund und behauptete gräflich solmische Landsässig- und Steuerbarkeit deren sämtliche Güter in und bey Sedel, Fol. 8 Ggr.

Dietrich, C. Fr., systema elementare jurisprudentiae ecclesiasticae, 2 Tom. 8. 791. 1 Rthl. 8 Ggr.

Fresenius, Ioh. Chr. Ludw. Meditationen für Rechtsgelehrte, 8. 776. 6 Ggr.

Gaertneri, B. A., meditationum digestorum specimen I. et II. dum, 8. 14 Ggr.

— Abhandlung, wie die in vorigen Zeiten im Reichs Zinnischen und Leipziger Münzfüßen ausgeliehenen Capitalien und andere Schuldigkeiten nebst Zinsen, in der dermaligen Niederheff. Währung nach dem 20 fl. Fufs mit Zufetzung eines proportionirlichen Agio zu erhöhen, hergegen die im sogenannten 22 fl. Fufs, im Fufs, den Louisd'or zu 8 fl., desgleichen in dem ersagten 24 fl. Fufs dargeliehenen Gelder gegen den 20 fl. Fufs zu vermindern sind, mit 10 Tabellen, 4. 20 Ggr.

v. Gatzerts, D. C. H. S. Abhandl. von der Dauer der ehemaligen ordentlichen Visitation des K. R. Kammergerichts, 4. 772. 6 Ggr.

— Commentatio iur. de Iure communi Angliae, 4maj. Goettingae. 12 Ggr.

— de natali papiniani seu ad §. 4. constit. iustin. et ante Commentarius, 8maj. 766. 3 Ggr.

- de Gatzert, D. C. H. S., de iudiciorum equestrium habitu, atque ratione etc. 3 Ggr.
- Gazert, H. S., de iuribus atque obligationibus Indaeorum, 4. 8 Ggr.
- v. Günderode, I. W. Abhandlung von der Staatsverfassung des deutschen Reichs unter der K. K. Regierung Otto I. 8. 5 Ggr.
- Beyträge zur Rechtsgelahrtheit, Geschichte und Münzwissenschaft, 8. 8 Ggr.
- Hofchers, I. M. Beyträge zur neuesten Geschichte der Empörung deutscher Unterthanen, wider ihre Landesherrschaft, 8. 790. 1 Rthl.
- Jenichens, G. A., Gedanken vom Sonnenlehn, 4. 2 Ggr.
- Diplomatisch rechtliche Abhandl. vom Recht der ersten Bitte einer Röm. Kaiserin, 4. 4 Ggr.
- Kahrels, Fried., Völkerrecht, nebst Anhang eines Kriegs - Friedens und Gesandtschaftsrechts, 8. Herborn 16 Ggr.
- Europäisches Staats- und Völkerrecht, 8. 12 Ggr.
- Koch, D. Joh. Chr., Gedanken von der Gerichtsbarkeit der Universität Gießen, 4. 1 Ggr.
- Opuscula iuris Canonici, 8. 774. 5 Ggr.
- Neuer Aufschluß über die Stellen des Westph. Friedens, welche die Mediatsklöster, deren Güter und Gefälle betreffen, nebst 2 Postscripten, 8. 783. 16 Ggr.
- u. Prof. Robert über Civil - und Kriminalstrafen und Verbrechen, 8. 8 Ggr.
- Koch, D. W. über die Socinische Cautel, 8. 786. 3 Ggr.
- D. C. L., Disquisitio de Austregis S. R. I. Procerum sum - primis Seren. Landgr. Hassiae, 4. 749. 6 Ggr.
-

Archiv zur Aufklärung Staatsrechtlicher Gegenstände

Bd.: 1. Almendingen L. Hasscher von, Versuch über die Rechtmäßigkeit des Separatfriedens deutscher Reich

Frankfurt u.a. 1796

J.publ.e. 167 r#Beibd.1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10556483-6

VD18 1200233X-001